

INHALT

1. Widerstand aus dem ganzen Land
2. SPD Mitglieder kritisieren eigenen Koalitionsvertrag
3. Ausbau der Ganztagschulen kommt voran

08.06.2012

Widerstand aus dem ganzen Land Kritik am Koalitionsvertrag von allen Seiten

Kritik und Entsetzen erntete der von SPD, Grünen und SSW vorgelegte Koalitionsvertrag diese Wochen von Spitzenverbänden, Gewerkschaften und Verbänden aller Seiten.

Aus Sicht der Wirtschaft standen dabei vor allem die Vorhaben der Koalitionäre zur künftigen Verkehrspolitik im Vordergrund. UV-Präsident Uli Wachholz kritisierte dabei das Vorhaben, die A20 nur bis zur A7 bauen zu wollen. „Wir dürfen nicht zurückfallen in Zeiten, als es in Schleswig-Holstein verpönt war, neue Straßen zu bauen“, so Wachholtz.

Der Geschäftsführer der IHK Hamburg, Dirk Süß, äußerte die Befürchtung, der Koalitionsvertrag werde zulasten der norddeutschen Kooperation gehen. Der Präsident der IHK Schleswig-Holstein, Christoph Andreas Leicht, bezeichnete den Koalitionsvertrag schlicht als „ein Schlag ins Gesicht für die Wirtschaft“.

Auch das Baugewerbe reagierte mit Skepsis auf den Koalitionsvertrag. „Es erfüllt uns mit großer Sorge, dass bei einer sinkenden Investitionsquote die Ausgaben weiter steigen. Wir wollen nicht in einem Land der Schlaglöcher leben“, so der Vorsitzende des Baugewerbeverbandes Schleswig-Holstein, Thorsten Freiberg.

Irritiert über die Vorhaben der Koalition zeigten sich auch die Nachbarn in Dänemark, Hamburg und Niedersachsen.

Mit Unmut reagierte Morgens Therkelsen, langjähriger Vorsitzender von International Transport Danmark und Vorsitzender der Arbeitgeber Organisation „DI Sonderjylland“, auf das Vorhaben, den Feldversuch mit Gigalinern in Schleswig-Holstein zu stoppen. Nördlich der Grenze hatte man dabei große Erwartungen in die Erprobung der umweltfreundlicheren Lastzüge gesetzt und befürchtet nun teure Umlade-Notwendigkeiten in Dänemark.

Unbeliebt machte sich die Koalition auch in Niedersachsen. Ministerpräsident David McAllister beharrte auf Planungssicherheit. Er forderte die künftige Landesregierung in Schleswig-Holstein auf, ihre vereinbarten Vorhaben bezüglich der A20 wie geplant weiterzuführen. Auch Hannovers Oberbürgermeister und SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl im kommenden Jahr, Stephan Weil, nahm den Beschluss der „Dänen-Ampel“ in Kiel mit Bedauern zur Kenntnis. Er werde die A20 sofort auf die Agenda setzen, sollte er im

kommenden Jahr die Landtagswahl gewinnen, so Weil.

Auch Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) forderte die künftige Regierung aus SPD, Grünen und SSW öffentlich auf, sich nicht aus den Projekten der Fehmarnbelt-Querung und dem Weiterbau der A20 zu verabschieden.

Die Gewerkschaft der Polizei beklagte in erster Linie das im Koalitionsvertrag deutlich werdende Misstrauen gegenüber polizeilichen Instanzen und die Ablehnung der dringend benötigten Vorratsdatenspeicherung. „Der ausgehandelte Koalitionsvertrag ist für die Polizei nicht der große Wurf. Das Gegenteil ist der Fall“, so der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow.

Weiterhin zeigte sich auch der Bund der Steuerzahler (BdST) von den Vorhaben der Koalitionäre enttäuscht. Wer eine Förderung des Flughafen Lübeck-Blankensee grundsätzlich ausschließe gefährde dort angesiedelte Unternehmen. BdST-Landesgeschäftsführer Rainer Kersten bezeichnete die Entscheidung ebenso als kurzfristig. „Es wäre fatal, eine Infrastruktur aufzulösen, um vielleicht in zehn Jahren einen neuen Standort für einen Flughafen zu suchen“.

Weitere Kritik gab es vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag (SHGT). Dessen Landesgeschäftsführer Jörg Bülow kritisierte, dass Ziel der Koalition, rund 1000 Gemeinden abzuschaffen, stattdessen jedoch den Personalabbau beim Land zu stoppen und die Anzahl der Staatssekretäre zu erhöhen. Das Vorhaben sei „absurd und unglaubwürdig“, so Bülow.

Selbst die sonst SPD nahe Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) äußerte sich ungewohnt kritisch. „Das reicht doch hinten und vorne nicht! Da muss die neue Koalition nachbessern, wenn sie ihre ehrgeizigen Ziele erreichen will“, so der GEW-Landesvorsitzende Matthias Heidn zu den Finanzierungsvorstellungen der Koalition im Bildungsbereich.

SPD Mitglieder kritisieren eigenen Koalitionsvertrag Kritik aus den eigenen Reihen

Auch aus den Reihen der SPD hagelte es in den vergangenen Tagen immer stärkere Kritik am eigenen Koalitionsvertrag mit Grünen und dem SSW. Vor allem die Verkehrspolitik und das beschlossene Bauende der A20 an der A7 und das somit besiegelte Ende einer Elbquerung bei Glückstadt sorgen für Unmut bei den Genossen.

Der ehemalige SPD-Wirtschaftsminister Bernd Rohwer forderte die Koalition umgehend zu einer Kurskorrektur auf. „Das politische Signal muss sein: Wir brauchen die gesamte A20, und das so schnell wie möglich“, ließ Rohwer sich zitieren. Auch Ex-Ministerpräsident Björn Engholm äußerte sich kritisch über die verkehrspolitischen Vorhaben der Koalition. In diesem Bereich hätten die Grünen „die Nase ganz weit vorn, für meinen Geschmack zu weit“, so Engholm.

Widerstand dazu regte sich auch an der Basis. Die SPD-Kreisvorsitzenden aus Dithmarschen, Angelika Hansen und Nordfriesland, Horst Deyerling, betonten die Notwendigkeit der A20 mit einer Elbquerung für die gesamte Westküste und kündigten an, dies auch auf dem Parteitag bei der Abstimmung über den Koalitionsvertrag am kommenden Samstag vertreten zu wollen.

Weitere Kritik gab es auch von Lübecks Oberbürgermeister und SPD-Mitglied, Bernd Saxe: „Noch nie hat ein Koalitionsvertrag Lübeck so viel Geld gekostet“. Durch die Abschaffung des von CDU und FDP eingeführten Schuldenfonds für stark verschuldete Kommunen entgehen der Hansestadt demnach zum einen 250 Millionen Euro, zum anderen sieht der

Koalitionsvertrag ein Ende der Fördergelder für den Flughafen Lübeck-Blankensee vor, was zwangsläufig zu einer Schließung des Flughafens führe.

Von der Kritik aus der eigenen Partei unbeirrt, blendete SPD- Landeschef Ralf Stegner die vorgebrachten Einwände jedoch komplett aus und stellte fest, er habe noch nie so viel Zustimmung für einen Koalitionsvertrag aus der eigenen Partei erlebt.

Ausbau der Ganztagsschulen kommt voran

Gutes Zeugnis der Bertelsmann-Stiftung für Ausbau der Ganztagsschulen im Norden



Heike Franzen, MdB

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, sieht in der heute (05. Juni 2012) veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung zum Ausbau der Ganztagsschulen einen Beleg für die erfolgreiche Arbeit der Koalition aus CDU und FDP:

„Wir haben trotz knapper Kassen die richtigen Prioritäten gesetzt und damit Erfolg gehabt. Die neue Landesregierung wird sich daran messen lassen müssen“, erklärte Franzen in Kiel. Der Ganztagsbetreuung werde angesichts des immer größeren Fachkräftemangels eine weiter zunehmende Bedeutung zukommen.

Die Bertelsmann-Stiftung hatte Schleswig-Holstein ein „Rekordtempo“ beim Ausbau der Ganztagsschulen bescheinigt. Innerhalb des letzten Schuljahres war die Quote der Schulen mit Ganztagsangeboten von 38,6 auf 50,6 Prozent gestiegen. Das nördlichste Bundesland liegt damit nur noch knapp hinter dem Bundesdurchschnitt von 51,1 Prozent.

„Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Versäumnisse aus den Zeiten rot/grüner Bildungspolitik aufholen können, oder zumindest damit begonnen. Das gilt für die Ganztagsangebote ebenso wie für die Schulsozialarbeit, die Hochbegabtenförderung und die frühkindliche Bildung. In den kommenden Jahren wird sich das auszahlen. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Landesregierung diese wichtigen Themen nicht wieder so wie früher verschleppt“, betonte die Bildungsexpertin.

Den Link zu dem Gutachten der Bertelsmann-Stiftung:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_112530.htm

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de